



Kulturausschuß

14. Sitzung (nicht öffentlich)

27. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitz: Leonhard Kuckart (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550

in Verbindung damit:

Artikel I §§ 17, 18, 19, 22 und 24 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1202

Kulturrelevante Haushaltspositionen in

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Vorlage 12/808

**b) Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,
Technologie und Verkehr**

Vorlagen 12/788 und 12/908

**c) Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur
und Sport**

Vorlagen 12/826, 12/834, 12/915, 12/955 und 12/1046

Abstimmung über Anträge und Beschlußfassung gemäß Vereinbarung der
Fraktionen

Nach kurzer abschließender Beratung stimmt der Ausschuß
über die vorliegenden **fünf Änderungsanträge der Fraktio-
nen der SPD und der GRÜNEN** gemeinsam ab. Sie werden
mit den Stimmen der Regierungsfaktionen gegen die Stimmen
der CDU **angenommen**.

*(Die Änderungsanträge sind als Anlage zu Vorlage 12/1027
wiedergegeben; s. auch HFA-Bericht Drucksache 12/1615.)*

In der Gesamtabstimmung werden die **kulturrelevanten Haus-
haltspositionen der Einzelpläne 02, 08 und 15** jeweils mit
den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN ge-
gen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

**2 Aufhebung der qualifizierten Sperre bei der Orchesterförderung Kapi-
tel 15 820 Titelgruppe 60 Titel 685 60**

3

hier: Restbetrag von 250 000 DM

Vorlage 12/1065

Der Ausschuß nimmt einen kurzen Bericht von Ministerin Ilse
Brusis entgegen und **stimmt** nach kurzer Aussprache dem
Antrag - Vorlage 12/1065 - einstimmig zu.

	Seite
3	
Beteiligung des Landes an der Instandsetzung des Doms zu Aachen	4
Zuschrift 12/776	
Bericht des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	
- Bericht von Ministerin Ilse Brusis	4
- Diskussion	6
Das Ministerium wird gebeten, einen von der CDU-Fraktion festgestellten Dissens zwischen verschiedenen Aussagen der Landesregierung zur Höhe der Förderung aufzuklären.	
4	
Förderung des Tanzes in Nordrhein-Westfalen	10
Bericht des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	
- Bericht von Ministerin Ilse Brusis	10
- Aussprache	12
5	
Regionalisierte Kulturförderung	14
Bericht des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	
- Bericht von Ministerin Ilse Brusis	14
- Aussprache	18

Nächste Sitzung: 22. Januar 1997, 14.00 Uhr

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550

in Verbindung damit:

Artikel I §§ 17, 18, 19, 22 und 24 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1202

Kulturrelevante Haushaltspositionen in

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vorlage 12/808

b) Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Vorlagen 12/788 und 12/908

c) Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Vorlagen 12/826, 12/834, 12/915, 12/955 und 12/1046

Abstimmung über Anträge und Beschlußfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Leonhard Kuckart führt aus, von der CDU-Fraktion lägen keine Anträge vor, so daß heute nur über die von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten fünf Änderungsanträge abzustimmen sei. *(Diese Änderungsanträge sind als Anlage zur Vorlage 12/1027 wiedergegeben.)*

Richard Blömer (CDU) findet es bemerkenswert, daß die Regierungsfaktionen auch in diesem Jahr das Verfahren für angebracht gehalten hätten, ihre Änderungsanträge fünf Minuten vor der Sitzung der Opposition zukommen zu lassen. Wenn das mit "erheblichem Beratungsbedarf" begründet werde, könne er nur sagen: Herausgekommen sei nichts Neues; die Anträge bewiesen absolute Fantasielosigkeit. Aus der Tatsache, daß das Land

Nordrhein-Westfalen nach dem Saarland und Niedersachsen das Schlußlicht bei der Kulturförderung bilde, seien keine Konsequenzen gezogen worden. Hier hätte er sich gerade von den GRÜNEN eine stärkere Einflußnahme gewünscht, aber auch diese sei natürlich wieder ausgeblieben.

Die CDU-Fraktion sehe keinen Anlaß, Anträge zu stellen, weil der Haushalt vermutlich spätestens im Januar überholt sein werde. Seine Fraktion werde im Plenum noch im einzelnen dazu Stellung nehmen.

Auf den Vorwurf der Fantasielosigkeit entgegnet **Brigitte Schumann (GRÜNE)**, daß eine Fraktion, die sich auch und gerade unter den jetzigen Bedingungen überhaupt keinen Antrag abringe, im Glashaus sitze, was die Fantasie angehe.

Die Anträge von SPD und GRÜNEN nähmen Bezug auf Themen, zu denen die CDU-Fraktion etwa bei der parlamentarischen Behandlung verschiedenster Anträge auch Anliegen vorgetragen habe. Hinsichtlich der Modernisierung der Bibliotheken erscheine es absurd, daß die CDU den Regierungsfractionen jetzt Fantasielosigkeit vorwerfe. Auch die Förderung der Frauenkultur, der Soziokultur und des kulturellen Films sei der CDU-Fraktion bisher nicht gleichgültig gewesen.

Natürlich hätte auch ihre Fraktion gerne mehr Geld, um noch mehr bewegen zu können. Da die CDU-Fraktion aber erst den Nachweis liefern müsse, daß sie überhaupt so viel Bewegung in den Haushalt hineinbringen könne, sollte sie sich mit Kritik zurückhalten.

Manfred Böcker (SPD) stellt fest, die vorgelegten Anträge, die von der Fraktion der GRÜNEN und der SPD-Fraktion gemeinsam getragen würden, setzten Schwerpunkte. Ihn wundere sehr, daß die CDU-Fraktion nicht in der Lage sei, Anträge zu stellen und diese mit einer soliden Deckung zu versehen. Das Lamentieren allein bringe nun wirklich nichts.

"Wir lehnen den gesamten Haushalt ab, und insofern gibt es überhaupt keinen Grund, Änderungsanträge zu Einzelpositionen zu stellen", erklärt **Richard Blömer (CDU)**. Der Haushalt sei erbärmlich. Aus den Beratungen von SPD und GRÜNEN seien lediglich Erhöhungen von insgesamt einer Millionen DM herausgekommen, ohne daß dafür - auch das sei ein wunder Punkt - ein Deckungsvorschlag gemacht werde. Die CDU-Fraktion hätte demgegenüber Deckungsvorschläge unterbreiten können; sie habe auch zu einigen Positionen erhebliche Zusetzungen erwartet.

Der **Ausschuß** kommt überein, über die fünf Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gemeinsam abzustimmen. Sie werden mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

In der Gesamtabstimmung werden die kulturrelevanten Haushaltspositionen der Einzelpläne 02, 08 und 15 jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

**2 Aufhebung der qualifizierten Sperre bei der Orchesterförderung Kapitel 15 820
Titelgruppe 60 Titel 685 60**

hier: Restbetrag von 250 000 DM

Vorlage 12/1065

Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport Ilse Brusis führt aus:

Herr Vorsitzender, meine Herren und Damen! Sie haben hierzu eine schriftliche Vorlage bekommen. Ich kann auch auf die Sitzung des Kulturausschusses vom 28. August verweisen. Damals habe ich Ihnen über die Fusion des Westfälischen Sinfonieorchesters mit dem Orchester der Stadt Gelsenkirchen berichtet und in diesem Zusammenhang auch ausgeführt, unter welchen Konditionen ich bereit bin, den Zuschuß für die Philharmonia Hungarica zu erhöhen.

Ich kann Ihnen jetzt sagen, daß die Philharmonia Hungarica die von mir geforderten Bedingungen erfüllt hat - in einem Punkt hilfsweise, aber immerhin erfüllt. Allerdings sind die Unterlagen, die mir zur Prüfung dieser Frage zugeleitet worden sind, erst Ende Oktober meinem Hause zugegangen, so daß in der Sitzung des Kulturausschusses am 23. Oktober, als es um die Entsperrung der Mittel für die Orchesterförderung ging, zur Philharmonia Hungarica noch nicht abschließend berichtet werden konnte.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat unter diesem Vorzeichen dann lediglich 1,3 Millionen DM entsperrt, so daß 250 000 DM - als Zuschußerhöhung für die Philharmonia Hungarica - noch zur Entsperrung anstehen.

Die Philharmonia Hungarica benötigt zum Ausgleich ihres Wirtschaftsplans diese 250 000 DM. Ich bitte Sie auch in Anbetracht der erheblichen Belastungen, die durch die Orchestermitglieder selbst erbracht werden, damit das Orchester überleben kann, die Sperre für die restlichen 250 000 DM aufzuheben. Dann kann der Etat der Philharmonia Hungarica ausgeglichen werden. Andere Mittel als die mit einem Sperrvermerk für die Orchesterförderung vorgesehenen Mittel im Haushaltsplan 1996 stehen mir dafür nicht zur Verfügung.

Richard Blömer (CDU) bezeichnet es als bedauerlich, daß der Kulturausschuß in seiner letzten Sitzung diese Information noch nicht erhalten habe. Der Hinweis, daß diese Ange-